

La république en marche



Halb Frankreich steht still – seit Anfang April streiken die Eisenbahner gegen die Reformpläne von Präsident Emmanuel Macron. Und nicht nur sie. Die Gewerkschaften haben viele Verbündete. Doch Macron will sich nicht beugen. Wer hat den längeren Atem?
4, 5

Die Republik in Bewegung? Derzeit eher nicht. Hier am Bahnhof Saint Charles in Marseille, 3. April Foto: Claude Paris/ap

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Wir wollen das Baby sehen, wir wollen das Baby sehen, wir wolln, wir wolln – wir wolln das Baby sehen, oleoleeee! *verboten* hockt schon den ganzen Tag vorm livestream von express.co.uk und starrt auf die Backsteinmauer vom St. Mary's Hospital. Aber außer tausend Gaffern und einer glücklichen Würstverkäuferin – nüschtel!

Und jetzt muss *verboten* auch wirklich los, keine Zeit mehr für Dingsbums da. *verboten* geht noch

zur Mahnwache für Chico.

Barbara Dribbusch über Jens Spahns Pläne für die Krankenkassen

Gefährliche Versprechen

Wenn es um Ankündigungen zur Gesundheitsversorgung geht, fühlt man sich wie in einer Berg-und-Tal-Bahn auf dem Rummel. Es geht rauf und runter. Da wird der Pflegenotstand in Krankenhäusern beschworen, der Ärztemangel auf dem Land beklagt. Gleichzeitig verspricht Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) Beitragssenkungen der Krankenkassen. Die Kassen sollen ihre Milliardenpolster abschmelzen. Die paritätische, also hälftige Finanzierung des Zusatzbeitrags durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll kommen. Das bedeutet, die Kassenbeiträge werden für die Beschäftigten um ein paar Euro billiger.

Das ist natürlich erfreulich, aber man stellt sich die bange Frage, wie das eigentlich zusammengeht, die Entlastung der Beitragszahler und die Verbesserungen, die es doch geben soll. Mit der Rückkehr zur hälftigen Finanzierung durch die Ar-

beitgeber erfüllt Spahn eine Forderung der SPD. Die Beitragsbelastung wird von den Beschäftigten zu den Arbeitgebern verschoben, und trotzdem haben die Krankenkassen dadurch nicht weniger Einnahmen. Das ist zu begrüßen. Gefährlich aber ist Spahns Vorstoß, von den Krankenkassen zu verlangen, ihre Rücklagen abzuschmelzen und mit dem Geld die Zusatzbeiträge zu senken. Davon würden auch die Arbeitgeber profitieren, die dann ja hälftig beteiligt wären.

Die Finanzpolster der Kassen anzugreifen ist fahrlässig. Spahn weckt damit Hoffnungen auf eine grundsätzliche Beitragssenkung im Gesundheitsbereich, die in einer alternden Gesellschaft nicht zu erfüllen sind. Vielmehr werden alle, Arbeitgeber und Beschäftigte, mehr zahlen müssen: weil in einer alternden Gesellschaft der Bedarf an Gesundheitsleistungen zunehmen wird und weil die Personalausstattung und Bezahlung in Kran-

kenhäusern und Heimen sowie die Arztversorgung auf dem Land verbessert werden müssen.

Jede Entlastungsrhetorik ist daher unverantwortlich. Das Versprechen, alle zu entlasten, gefährdet das höchste Gut im Sozialstaat: die Beitragsbereitschaft. Die ist eigentlich recht hoch – wenn man den Menschen dafür Versorgungssicherheit verspricht. Denn nicht, dass man ein paar Euro mehr zahlen soll, weckt Ängste, sondern die Furcht, im Krankheitsfall nicht richtig versorgt zu werden.

In der vergangenen Legislaturperiode sagte die Große Koalition zu, dass die Pflegeversicherungsbeiträge bis 2022 nicht mehr steigen würden. Spahn musste dieses Versprechen revidieren; er hat angekündigt, dass die Beiträge für die Pflege steigen werden, in einer Fernsehtalkshow, ganz nebenbei. Es war ein seltener ehrlicher Moment.
6

Ausgabe Berlin
Nr. 11611
€ 2,10 Ausland
€ 1,60 Deutschland



20617

Die taz wird ermöglicht durch

17.756

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwoitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

Ziel: Integration verhindern

Bayern ist ein Meister im Abschieben. Zweimal schwarzfahren reicht schon für den Abtransport nach Kabul. Am heutigen Dienstag geht die nächste Maschine. Die Praxis ist Vorbild für den Bund
7

Rücksichtnahme auf Nationalisten

Die Stadt Köln hat pünktlich zum heutigen Gedenktag für die Opfer des Völkermords an den Armeniern ein Mahnmal entfernt. Man wolle dadurch Konflikte vermeiden, gab die Stadtverwaltung an
17

#hotpersoninawheelchair
von Sebastian Schwamm

